

## Es ist nicht mehr „fünf vor zwölf“

### Folgen des Klimawandels wahrnehmen – Soziale Krisen vermindern

*(Resolution der Friedenskonsultation 2009 in Speyer)*

Die Teilnehmenden der 29. Friedenskonsultation kirchlicher Friedensausschüsse und christlicher Friedensdienste haben sich vom 2. – 4. Februar 2009 in Speyer mit dem „Friedensrisiko Klimawandel“ befasst.

Der Klimawandel hat bereits ökologisch und ökonomisch bedrohliche Folgen. Unter den negativen Auswirkungen werden nicht primär die Industriestaaten als Hauptverursacher des Klimawandels leiden, sondern die bereits jetzt ärmeren Länder: Soziale Krisen sind nicht mehr regional begrenzt; die Zahl sog. fragiler Staaten wächst; es drohen Verteilungskämpfe, beispielsweise um Wasser und durch Migrationsbewegung; für viele Menschen geht es um das Recht auf Überleben. Mit militärischen Mitteln sind diese Krisen nicht zu bewältigen.

Um einen Kollaps des Erdsystems und sozialer Systeme zu verhindern, bedarf es in den nächsten Jahren eines radikalen Wandels. Aus ökonomischer und ökologischer Perspektive festgelegtes politisches Ziel ist dabei, den Temperaturanstieg auf 2 °C zu begrenzen. Dafür müssen die Industrienationen ihre Emissionen bis 2050 um 80%-90% gegenüber 1990 reduzieren. Die Kosten für Schadensbegrenzung werden bei 5-20% des gesamten Bruttosozialproduktes liegen. Haupthandlungsfelder sind die radikale Reduzierung fossiler Energiegewinnung, der Erhalt der Regenwälder und eine andere Landwirtschaft.

Viele politische und wirtschaftliche Entscheidungsträger handeln aufgrund von Macht- und Wirtschaftsinteressen und sogenannter Sachzwänge nicht entschieden und schnell genug. Politische „Rettungspakete“ in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise berücksichtigen das Klimaproblem kaum. Selbst vereinbarte Ziele werden aufgeweicht.

Mit dem Glauben an Gott bekennen wir, dass uns die Schöpfung anvertraut und das Leben ein Geschenk ist. Beides bedeutet, dass wir uns nicht als eigenmächtige Besitzer/innen aufführen, sondern in Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung denken und handeln. Wir erkennen die Fehlentwicklungen und Gefahren menschlichen Wirkens. Zugleich halten wir fest an unserer durch die Erinnerung an göttliches Heil und göttliche Rettung gespeiste Hoffnung und setzen uns aktiv für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung ein.

Die Teilnehmenden erwarten von den Kirchen, dass sie sich konsequent für eine zukunftsfähige Gestaltung des Klimawandels einsetzen. Das heißt:

- Kirchen nutzen ihren politischen Einfluss zur Änderung der Energiepolitik: sinnvolle Nutzung des wirtschaftlichen Instrumentes Emissionshandel; Förderung von Einsparung, effiziente Verwendung, erneuerbarer Energieerzeugung und Ausstieg aus fossilen und atomaren Brennstoffen.
- Kirchen treten für ein verbessertes Asylrecht und einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen ein, u.a. durch die völkerrechtliche Anerkennung von Umweltflüchtlingen.
- Kirchen nutzen ihre eigenen Möglichkeiten für eine umweltgerechte Mobilität und zur Verringerung von Emissionen.  
Die EKD-Synode vom November 2008 hat den Gliedkirchen empfohlen, bis 2015 25% der CO<sub>2</sub>-Emissionen gegenüber 2005 einzusparen, und fordert Landeskirchen und ihre Institutionen auf, Maßnahmen flächendeckend zu planen und umzusetzen sowie Umweltmanagementsysteme zu fördern.
- Kirchen nutzen ihre Bildungsarbeit, zielgruppengerecht das Bewusstsein für einen schöpfungsbewahrenden Lebensstil zu fördern.

Die Teilnehmenden werden ihre eigenen Möglichkeiten nutzen.

Dies tun wir um des Friedens willen vor Ort und besonders dort, wo die Menschen durch unser Tun Schaden nehmen und bereits heute leiden.

Einstimmig angenommen am 4. Februar 2009